



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73 832

 (030) 227 – 76 920

 bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 12.02.09

Konjunkturprogramm des Bundes vorrangig für Kommunen

Hagedorn begrüßt Kieler Einigung mit lachendem und weinendem Auge

Am Mittwoch hat der Haushaltsausschuss in Berlin das 50-Mrd. Euro-Konjunkturpaket, in dem die über 322 Mio. Euro für Schleswig-Holstein als "Geldspritze" des Bundes enthalten sind, mit einigen Veränderungen auf den Weg gebracht. Als Mitglied im Haushaltsausschuss freut sich die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn, dass damit die Weichen für zusätzliche Investitionen in Städten und Gemeinden sowie in den Ländern im Umfang von 13,3 Mrd. Euro – bezogen auf Schleswig-Holstein gut 430 Mio. Euro - gestellt wurden und dass das Kieler Kabinett am Tag zuvor eine schnelle und unbürokratische Weiterleitung der Bundesmittel durch das "Zukunftsprogramm für Bildung und Infrastruktur für Schleswig-Holstein" für den Bildungsbereich beschlossen hat. Hagedorn dazu: "Gemäß den Festlegungen im Gesetz stellt die Landesregierung 65 Prozent der Mittel den Kommunen für Investitionen vor allem in die Energieeffizienz in Schulen und Kindergärten zur Verfügung. Ich begrüße ausdrücklich, dass das Land diese 195,7 Mio. Euro – die zu 75 % vom Bund stammen – direkt und unbürokratisch an die Kommunen auf der Grundlage der Schüler- und Kleinkindzahlen weiterleitet. Durch die vernünftige Orientierung an den Schüler- und Kleinkindzahlen erhält Ostholstein gerechterweise z.B. für 7 Prozent mit 12,8 Mio. Euro viel

mehr als Plön für 4 Prozent mit knapp 7,8 Mio. Euro (Lübeck 8 % = 15,57 Mio., Stormarn 8 % = 14,91 Mio., Lauenburg 6 % = 11,99 Mio.). Wichtig wird jetzt sein, dass die Kreise die Gelder nach genau diesem Schlüssel orientiert an den tatsächlich betreuten Kleinkindern und Schülern an ihre Städte und Gemeinden für Bildungsinvestitionen vor Ort weiterleiten. Dann haben die Kommunen konkrete Zahlen, mit denen sie zielgerichtet und vor allem rasch Bildungsinvestitionen planen können. Denn Ziel ist es, mindestens die Hälfte der 10-Mrd.-Euro als 75%-Förderung des Bundes noch 2009 in konkrete Aufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu vergeben."

Allerdings hat Bettina Hagedorn, die in Berlin auch stellvertretende Vorsitzende der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion ist, bei dem am Dienstag in Kiel gefassten Kabinettsbeschluss zur Verteilung der Gelder aus Berlin leider auch zwei dicke Minuspunkte zu Lasten der Kommunen ausgemacht: Schleswig-Holstein hat – wie alle Bundesländer – in einer Verwaltungsvereinbarung gegenüber dem Bund die Verpflichtung übernommen, die 75%ige Bundesförderung durch eine 25%ige Eigenbeteiligung aufzustocken. Hagedorn: "Dass von dieser 108-Mio.-Euro umfassenden Kofinanzierung das Land mit 51 Mio. Euro (festgelegt überwiegend im Universitäts-, Forschungs- und Infrastrukturbereich) nicht einmal die Hälfte tragen will – das ist gegenüber den Kommunen nicht fair. Mit der vom Land festgelegten grundsätzlichen Eigenbeteiligung der Kommunen von 25 Prozent zieht sich das Land aus praktisch jeder Mitfinanzierung der Investitionen in Schulen und Kitas heraus."

Im Bundesgesetz ist weiterhin für die Länder verpflichtend geregelt, dass auch 70% der Mittel zur Finanzierung der Infrastruktur (für Schleswig-Holstein 105,4 Mio. Euro) für "kommunalbezogene Investitionen" eingesetzt sollen, während die Länder maximal 30% für eigene Investitionen – und dazu zählen eigentlich die Krankenhäuser - einbehalten dürfen. Hagedorn: "Das Kieler Kabinett hat jedoch als "kommunale Investition" 33% für Krankenhäuser und 6% für den Breitbandausbau eingeplant – dadurch gehen den Kommunen im Bereich Städtebau, ländliche Infrastruktur, Sport und Lärmschutz für

Investitionen in u.a. Sport- und Schwimmhallen, Bürgerbegegnungsstätten, Jugendtreffs und Feuerwehrgerätehäuser zum Wohle von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden gut 40 Mio. Euro 'verloren'. Ich bestreite natürlich nicht, dass es bei Krankenhäusern und beim Breitband Investitionsbedarf gibt, den allerdings das Land aus meiner Sicht aus seinem eigenen Budget (45,1 Mio. Euro) hätte bestreiten müssen. Als 'kommunale Investitionen' hätten diese 105,4 Mio. Euro aus meiner Sicht komplett in die Entscheidungshoheit der Kommunen gehört - nicht nur, weil dort ein großer Investitionsstau gerade im energetischen Bereich öffentlicher Gebäude lauert, sondern vor allem, weil gerade die Kommunen die für das lokale Handwerk wichtigen kleinteiligen Aufträge vergeben, die letztlich Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern. "

In der Sachverständigenanhörung des Haushaltsausschusses zum Konjunkturprogramm am 9. Februar 2009 hatte der Vorstandsvorsitzende der Bundesarbeitsagentur, Frank-Jürgen Weise, auf Nachfrage Hagedorns ausdrücklich bestätigt, dass Ausgaben der Kommunen deutlich bessere Wirkungen auf die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen unmittelbar bei Handwerk und Mittelstand hätten als vergleichsweise größere Investitionen der Länder. Weise: "Ein lokales Unternehmen kann sich aufgrund des bürokratischen Aufwands in der Regel gar nicht an großen Ausschreibungsverfahren beteiligen. Wir sehen, dass gerade im Baubereich Unternehmen Aufträge gewinnen, die hier bei uns gar keine Arbeitsplätze sichern, sondern über andere Formen Arbeitskräfte generieren." Hagedorn hofft nun, dass die verbliebenen gut 60 Mio. Euro Infrastrukturmittel des Bundes für 'kommunale Infrastruktur' (45,3 Mio. Euro für Städtebau, Sport und energetische Sanierung, 14,9 Mio. Euro für die ländliche Infrastruktur, 3,2 Mio. Euro für den Lärmschutz und 1,3 Mio. Euro für sonstige Investitionen) den Kommunen zusätzlich zu den knapp 200 Mio. Euro für Schulen und Kitas ebenfalls unbürokratisch und zügig zur Verfügung gestellt werden.